

Datum: 18.08.2010

# Handelszeitung



**ERNST & YOUNG**  
Quality In Everything We Do

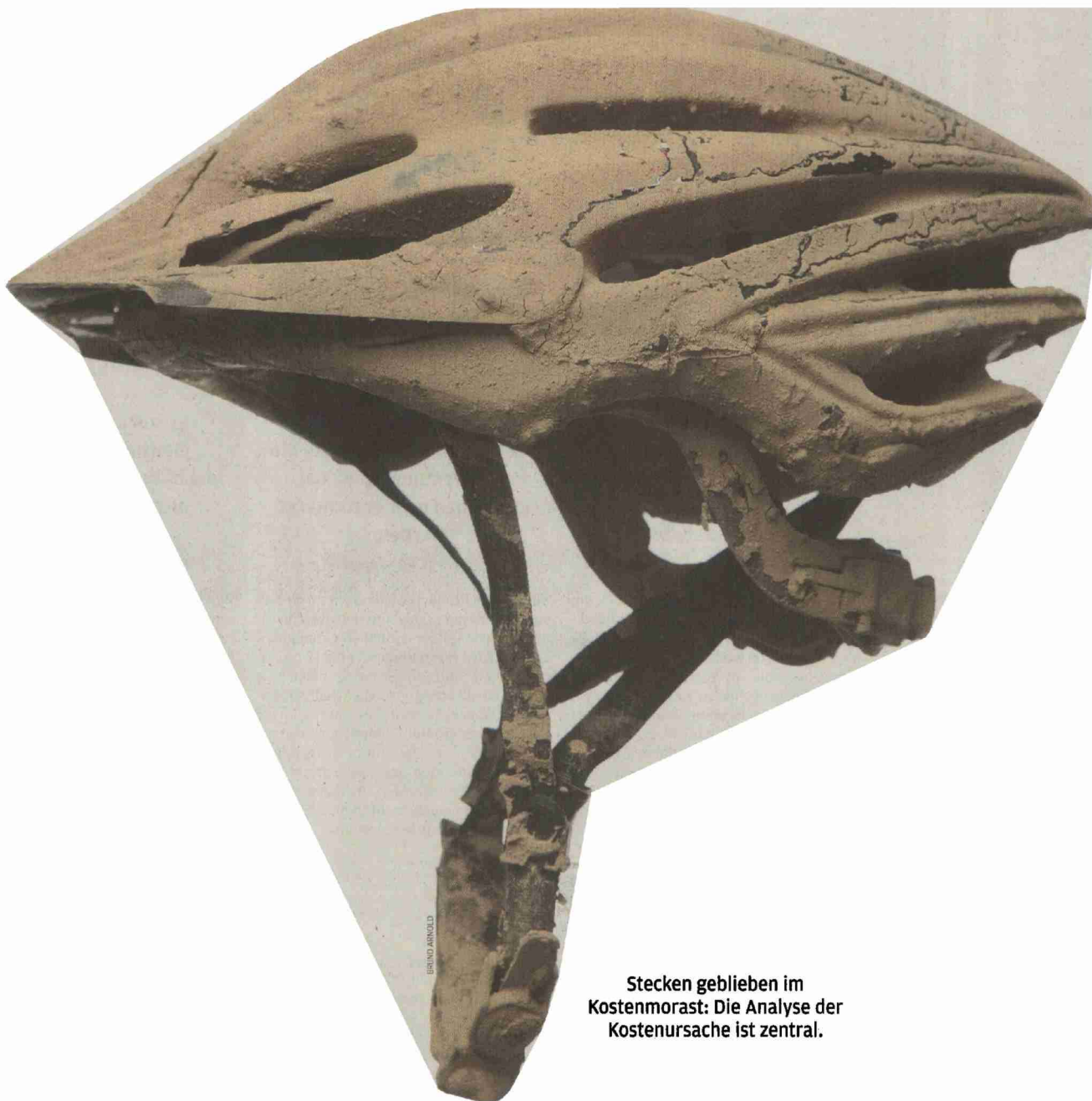
Handelszeitung  
8021 Zürich  
043/ 444 59 00  
www.handelszeitung.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Publikumszeitschriften  
Auflage: 43'940  
Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 660.4  
Abo-Nr.: 1067777  
Seite: 40  
Fläche: 64'891 mm<sup>2</sup>

## Abkehr von der Symptombekämpfung

**GESUNDHEITSSYSTEM** Im Kampf gegen die steigenden Kosten im Gesundheitswesen konzentriert sich die Politik erneut auf die Finanzierung und nicht auf deren Ursache. Dabei ist eine Analyse der Ausgaben zentral. So müssen die Kosten nicht minimiert, sondern optimiert werden.



Stecken geblieben im  
Kostenmorast: Die Analyse der  
Kostenursache ist zentral.

**ARGUS**   
MEDIENBEOBACHTUNG

Medienbeobachtung  
Medienanalyse  
Informationsmanagement  
Sprachdienstleistungen

ARGUS der Presse AG  
Rüdigerstrasse 15, Postfach, 8027 Zürich  
Tel. 044 388 82 00, Fax 044 388 82 01  
www.argus.ch

Argus Ref.: 39694629  
Ausschnitt Seite: 1/3


 Handelszeitung  
 8021 Zürich  
 043/ 444 59 00  
 www.handelszeitung.ch

 Medienart: Print  
 Medientyp: Publikumszeitschriften  
 Auflage: 43'940  
 Erscheinungsweise: wöchentlich

 Themen-Nr.: 660.4  
 Abo-Nr.: 1067777  
 Seite: 40  
 Fläche: 64'891 mm<sup>2</sup>
**MARCEL STALDER**

**D**ie Herausforderungen in der Schweizer Gesundheitspolitik haben sich in den vergangenen Jahren nicht grundsätzlich verändert. Wie konnte es in diesem Kontext dennoch zur aktuellen Akzentuierung des Handlungsbedarfs kommen? Die Gründe dafür sind vielschichtig.

Als ein wesentliches Element erscheint die Tatsache, dass in der Wahrnehmung breiter Bevölkerungsschichten die Gesundheitskosten an der Entwicklung der Krankenversicherungsprämie abgelesen werden. Politik, Versicherer und Behörden haben dies erkannt und die Prämienentwicklung der letzten Jahre durch Auflösung von Reserven gedämpft. Parallel wurden zudem weitere Massnahmen zur Reduktion der Kostensteigerung im Gesamtsystem diskutiert und teilweise umgesetzt. Die erzielten Kosteneinsparungen waren jedoch zu gering, um eine Trendumkehr in der Prämienentwicklung zu erreichen.

### **Die Problematik besteht in der Anspruchshaltung der Konsumenten nach minimaler Prämie und maximaler Leistung.**

Zudem haben die Prämienstützungsaktionen in den Bilanzen der Krankenversicherer Spuren hinterlassen, welche eine Fortführung dieser Preispolitik wirtschaftlich verunmöglichen. Somit hat sich die Ausgangslage um die fortge-

schriftliche überproportionale Teuerung im Gesundheitswesen, die Reduktion der für nachhaltige Massnahmen zur Verfügung stehenden Zeit und um die geringeren finanziellen Mittel zur Abfederung einer Übergangsphase verschärft.

#### **Lösungsansätze**

Es ist unter Berücksichtigung der politischen Prozesse nicht verwunderlich, dass sich der Lösungsansatz erneut auf die Finanzierung der Kosten, und nicht auf deren

Ursachen, fokussiert. Die Idee der Einheitskasse, in nationaler oder teilweise kantonaler Ausprägung, fand neben den langjährigen Befürwortern zunehmend auch Unterstützung in bürgerlichen Kreisen. In einem Klima, in welchem Finanzinstitutionen allgemein mit erhöhter Skepsis begegnet wird, war die Aussicht auf eine Reduktion der Verwaltungskosten ein wichtiges Argument für dieses Modell. Die Warnungen der Gegner der Einheitskassen, dass durch ein Monopol die Anreize für Kostenkontrollen oder Preisverhandlungen reduziert würden und damit die Gesamtkosten erfahrungsgemäss steigen, stehen den Befürwortern entgegen.

#### **Mehr Transparenz**

Als weiteren Lösungsbaustein hat das Bundesamt für Gesundheit (BAG) die Krankenversicherer verpflichtet, zukünftig die Transparenz in der Rechnungslegung zu erhöhen und die entsprechenden

Fachempfehlungen umzusetzen. Wünschenswert wäre jedoch auch eine klarere Darstellung der volkswirtschaftlichen Finanzierungsverhältnisse im Gesundheitswesen. Die Leistungen der staatlichen Institutionen aus Direktzahlungen, Prämienverbilligung oder aus den AHV/IV-Fonds sind unabhängig vom gewählten Krankenversicherungsmodell ein wichtiger Faktor. Fehlende Transparenz in der Kostenteilung zwischen Staat und Versicherer haben aber insbesondere im Modell der Einheitskasse das Risiko, durch Verschiebung der Staatsquote den durch die Einheitskasse zu tragenden Kostenanteil zu entlasten und das Modell in der Beurteilung seines wirtschaftlichen Nutzens im Verhältnis zur gegenwärtigen Versicherungsstruktur zu unterstützen.

Trotz der medialen Aufmerksamkeit, welche Themen der Finanzierungsseite im Gesundheitswesen geniessen, ist die Betrachtung der Kostenursachen zentral. Dabei kann es nicht um eine Minimierung, sondern eine Optimierung der Kosten gehen. Die Analyse der Kosten nach Leistungserbringer zeigt, dass die Spitäler mit rund 35% den grössten Anteil beanspruchen.

Die Einführung der Fallkostenauspauschalen für stationäre Spitalfälle (Swiss DRG) wird dazu beitragen, dass die Infrastrukturauslastung der Schweizer Krankenhäuser verbessert wird. Entscheidend wird jedoch sein, dass die langfristige Spitalplanung die zunehmend überregionale Zusammenarbeit und die stärkere Spezialisie-

Datum: 18.08.2010

# Handelszeitung



**ERNST & YOUNG**  
Quality In Everything We Do

Handelszeitung  
8021 Zürich  
043/ 444 59 00  
www.handelszeitung.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Publikumszeitschriften  
Auflage: 43'940  
Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 660.4  
Abo-Nr.: 1067777  
Seite: 40  
Fläche: 64'891 mm<sup>2</sup>

Die Grundproblematik im Gesundheitswesen besteht jedoch weiterhin in der schwer überbrückbaren Anspruchshaltung der Konsumenten nach minimaler Prämie und maximaler Leistung im Krankheitsfall. Eine lösungsorientierte Diskussion über zukünftig tragbare Krankenversicherungsprämien muss Themen wie Leistungsumfang und Qualität im Gesundheitswesen sowie steuerbasierte Finanzierungselemente beinhalten. Die kosmetischen Prämienverbilligungsaktionen über die Substanz der Krankenversicherer konnten nur kurzfristige Linderung verschaffen – als Heilmittel sind diese nicht geeignet.

Die Grundproblematik im Gesundheitswesen besteht jedoch weiterhin in der schwer überbrückbaren Anspruchshaltung der Konsumenten nach minimaler Prämie und maximaler Leistung im Krankheitsfall. Eine lösungsorientierte Diskussion über zukünftig tragbare Krankenversicherungsprämien muss Themen wie Leistungsumfang und Qualität im Gesundheitswesen sowie steuerbasierte Finanzierungselemente beinhalten. Die kosmetischen Prämienverbilligungsaktionen über die Substanz der Krankenversicherer konnten nur kurzfristige Linderung verschaffen – als Heilmittel sind diese nicht geeignet.

Marcel Stalder, Sector Leader Insurance,  
Ernst & Young Schweiz, Zürich.